

H. H. 1917

## Kriegsziel-Interpellationen.

N Berlin, 3. Mai. (Priv.-Tel.) Der in den letzten Tagen organisierte Ansturm der bekannten Parteien und Verbände, die mit dem schönen Worte des deutschen Friedens die Reichsleitung zwingen wollen, jetzt auf dem Höhepunkt des Entscheidungskampfes gegen unsere Feinde sich, wie es nun etwas zurückhaltender als früher lautet, öffentlich festzulegen für die Forderungen der Kriegsenttäuschung, für Machtzuwachs und Landerwerb beim Friedensschluß, gipfelt in folgender Interpellation, die die konservative Fraktion des Reichstags heute eingebracht hat:

Der Beschluß des sozialdemokratischen Parteiaususses vom 20. April d. J. der die Forderung aufstellte, einen gemeinsamen Frieden ohne Annexionen und Kriegsenttäuschungen abzuschließen, hat mangels einer klaren Stellungnahme des Herrn Reichskanzlers dazu in weiten Kreisen des deutschen Volk schwere Beunruhigung hervorgerufen, weil ein solcher Friedensschluß zwar internationalen Grundzügen, nicht aber den Lebensnotwendigkeiten des deutschen Volkes entsprechen würde. Ist der Herr Reichskanzler bereit, über seine Stellung zu diesem Beschluß Auskunft zu geben?

Erst vor neun Tagen, als der Vorstand der sozialdemokratischen Partei als Antwort auf die Kundgebung des Arbeiter- und Soldatenrates in Petersburg sich für einen „Frieden ohne Annexionen und ohne Enttäuschungen“ aussprach, hat die Reichsleitung durch eine Kundgebung in der Norddeutschen Allgemeinen Zeitung auf dieses Drängen der beiden Seiten geantwortet und gesagt: Die Grenze, innerhalb deren sich die Erörterung über Kriegs- und Friedensziele in der Öffentlichkeit halten soll, muß durch das vaterländische Gewissen bestimmt werden. Die Regierung aber, so hieß es dann weiter, hat das, was über die Kriegsziele gesagt werden kann, mitgeteilt und kann gegenwärtig keine weitere Erklärung geben. Sie wird unbeirrt durch das Drängen von beiden Seiten dem Weg weitergehen, den ihr Gewissen und die Verantwortung vor dem Lande vorschreibt. Es wurde dann weiter betont, daß die erste Aufgabe sei, den Krieg zu einem glücklichen Ende zu bringen, und daß dem die wahnwitzigen Kriegszielforderungen unserer westlichen Feinde entgegenstehen, deren Einfluß man auch schon in russischen Kriegszieläußerungen merkte, was die Sozialdemokraten bei ihrem Beschluß nicht, mit in Rechnung gestellt hätten. Mit der Erklärung, daß eine starke, zum Sieg führende Politik Einheit im Innern verlangt und daß diese im starken Willen zur heroischen Verteidigung des Vaterlandes vorhanden sei, schloß jene amtliche Erklärung.

Seitdem, in den letzten acht Tagen also, hat sich die Lage nicht geändert, wenigstens nicht so, daß man annehmen dürfte, die Regierung könne nach ihrer Ueberzeugung jetzt nähere Erklärungen über Kriegsziel und Friedensbedingungen abgeben. Die Konservativen bedienen sich jetzt eines parlamentarischen Machtmittels, um die Regierung zu zwingen, öffentlich zu sagen, was sie nach ihrem Gewissen, nach ihrer Verantwortung vor dem Lande vor neun Tagen nicht sagen zu können glaubte. Welche politischen Nebenabsichten sich noch in dieser parlamentarischen Aktion verbergen, braucht man im Augenblick nicht zu erbetern.

Zunächst hat diese konservative Interpellation die Sozialdemokraten veranlaßt, als Antwort ebenfalls eine Interpellation einzubringen. Sie fragen nicht direkt nach den Kriegszielen der Reichsleitung, sondern sie fragen:

Ist dem Herrn Reichskanzler bekannt, daß die provisorische Regierung Rußlands und das uns verbündete Oesterreich-Ungarn in gleicher Weise erklärt haben, zum Abschluß eines Friedens ohne Annexionen bereit zu sein? Was gedenkt der Herr Reichskanzler zu tun, um eine Uebereinstimmung aller beteiligten Regierungen darüber herbeizuführen, daß der kommende Friede auf gegenseitigem Einverständnis über Annexionen und Kriegsenttäuschungen geschlossen werden kann?

Durch diese Interpellationen, wenn sie im Reichstag besprochen würden, kämen sehr wichtige und nicht leicht zu behandelnde Fragen der internationalen Politik, die in der engsten Verbindung mit der Frage des Friedensschlusses und seiner Bedingungen stehen, zur öffentlichen Aussprache, und während draußen an der langen Front im Westen, an der Aisne und der Scarpe im blutigen Ringen, wie es die Weltgeschichte kaum je geahnt hat, Deutschlands waffenfähige Mannschaft um des Reiches Existenz kämpft, sollen im Reichstag erbitterte Gegensätze über die Bedingungen des zukünftigen Friedens vor den Ohren aller Welt ausgefochten werden. Die „Machit“, die die Bedränger des Reichskanzlers verlangen, würde, wenn er sie geben könnte, im Inland den Streit nicht wenden, ihn sogar nach allem, was vorausgegangen ist, neu entfachen. Aber im feindlichen Ausland würde man die Klarheit, die dabei nicht nur über Friedensbedingungen und Kriegsziele zu Tage tritt, dankbar zu würdigen wissen.

Beide Interpellationen müssen geschäftsordnungsmäßig schon morgen auf die Tagesordnung kommen, und der Reichskanzler muß erklären oder erklären lassen, ob und wann er sie beantworten will. Daß er sie morgen beantworten wird, ist nach Lage der Dinge ausgeschlossen. Er kann antworten, daß er sie später beantworten wird. Er kann auch einen bestimmten Termin nennen, zum Beispiel die dritte Lesung des Etats, bei der ja über alles und jedes gesprochen werden kann. Nur eine direkte Ablehnung der Beantwortung würde nach der Geschäftsordnung eine unmittelbare Diskussion herbeiführen können. Wie hieß es doch am Schluß der erwähnten Erklärung der „Norddeutschen Allgemeinen Zeitung“: Eine starke, zum Siege führende Politik verlangt Einheit im Innern!